

Volkszeitung

Nr. 74. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die wöchentliche Illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnement: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Pl. 4.20, wöchentlich Pl. 1.05; Ausland: monatlich Pl. 5.—, wöchentlich Pl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Betrifauer 109 Hof, Unte. Tel. 36-80. Postkontokonto 63.508. Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Gesprächsstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3. Privattelefon des Schriftleiters 25-45.

Anzeigenpreise: Die Sechsspaltige Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreispaltige Millimeterzeile 40 Groschen. Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinnahmungen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen ansetzen — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag. 5. Jahrg.

Verleger: W. Kabaner, Parzejewska 16; Stalyskol: B. Schwald, Stalczyna 43; Konstantynow: J. W. Modrow, Plac Wolności Nr. 38; Dorskow: Amalie Richter, Renkardt 505; Zabianice: Julius Wala, Cienkiewicza 8; Tomaszów: Richard Wagner, Bahnstraße 68; Zduńska-Wola: Anton Winkler, Poprzecznastr. Nr. 9; Białystok: Edward Stranz, Rynek Miłostwiego 15; Bydgoszcz: Otto Schmidt, Kielecka 20.

Die Reaktion an der Arbeit.

Fortsetzung der Beratungen über die Aenderung der Wahlordnung, bei einem Kompromiß der Reaktion mit den Linksparteien. — Obstruktion der Minderheiten in der Selbstverwaltungs-Kommission. Vorbereitungen für das Gesetz zur Bekämpfung des Kommunismus.

(Von unserem Warschauer Parlamentsberichterstatter.)

Der Verlauf des gestrigen Tages in unserem Parlament in der Wiejskastraße in Warschau hat bewiesen, daß die Reaktion mit allen Mitteln befreibt ist, sowohl in den gesetzgeberischen Körperschaften wie in den Selbstverwaltungen mit den Minderheiten fast gänzlich aufzuräumen. Der Kompromiß in der Verfassungskommission wie auch in der Administrationskommission liefert den Beweis dafür.

Aber auch die Kommunisten kommen an die Reihe. Die Minderheiten sind nicht allein die Gehästen. Den Kommunisten soll der Strick durch ein neues Gesetz gedreht werden, welches eine ganze Verneinung unserer demokratischen Staatsüberzeugungen sein wird.

Ihr Korrespondent will jedoch hier nicht vorgreifen und läßt die Berichte wie folgt selbst sprechen:

Der Wahlordnungskampf.

Die Verfassungskommission des Sejm kam gestern zu ihrer Sitzung zusammen. Nach den Konferenzen mit dem Sejmarschall, an denen auch die Vertreter der Minderheiten und der Linksparteien teilgenommen hatten, die die letzte Sitzung zum Zeichen des Protestes gegen die schändlichen Projekte verlassen haben, erschienen zur gestrigen Sitzung sowohl die ersteren wie die letzteren.

Bei Beginn der Sitzung beanstandete der Vertreter der ukrainischen Chliboroby, Geistlicher Ilkow, die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der letzten Sitzung, an der die Linksparteien und Minderheiten nicht teilnahmen, da sie von einer Kommission gefaßt wurden, die kein Quorum besaß. Glombinski erklärte als Vorsitzender der Kommission trocken, daß das Quorum vorhanden war.

Hierauf ergriff Abg. Kiernik vom „Piaśt“ das Wort und forderte, daß die Unterkommission zur Ausfindungmachung von Mitteln zur Sicherung des polnischen Besitzstandes, nachdem die Minderheiten und Linksparteien an den Beratungen wieder teilnehmen, erweitert werden müsse. In der letzten Sitzung wurden in die Unterkommission nur vier Mitglieder gewählt. Gegenwärtig gehören ihr 11 Mitglieder an und zwar: Glombinski (Endecja), Dubanowicz (Christlichnationaler), Kiernik (Piaśt), Bryla (Chadecja), Czajinski (P. P. S.), Baginski (Wyzwolenie), Polakiewicz (Bauernpartei), Popiel (N. P. K.), Chrucki (Ukrainer), Schreiber (Jude) und Konopczynski (Ende). Die nationalen Minderheiten sind also durch Chrucki und Schreiber in der Kommission vertreten.

Damit wurde die Vormittagsitzung unterbrochen.

Am Nachmittag fand die Sitzung der Unterkommission statt. Dieselbe stellte fest, daß das Projekt der Bildung zweier Kurien in den Ostgebieten (polnischer und nichtpolnischer) unannehmbar sei. Daher wurde es verworfen. Demgegenüber diskutierte die Kommission über die Schaffung großer Wojewodschafts Wahlbezirke in den Ostgebieten, die der polnischen Bevölkerung, die sich dort in der Minderheit befindet, ermöglichen würde, eigene Abgeordnete durchzubringen.

Die Diskussion wurde noch nicht beendet und Beschlüsse darüber sind noch nicht gefallen.

Die Selbstverwaltungsgeetze.

In der Administrationskommission wurden die Beratungen über das Selbstverwaltungsgeetz fortgesetzt. Die Vertreter der Minderheiten wandten anfangs eine Art Obstruktion an, um die Beschließung des Gesetzes in der Kommission möglichst weit hinauszuziehen.

So beanstandete der Lodzer Abgeordnete Artur Kronig die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse in bezug der ersten Artikel der dritten Lesung, da diese nicht im Protokoll festgehalten sind. Die Abgeordneten Insler (Jude) und Chrucki (Ukrainer) beanstandeten die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse aus dem Grunde, weil ihnen als Mitgliedern der Kommission keine Einladungen zur Sitzung eingehändigt wurden, was in der Geschäftsordnung als Pflicht vorgesehen ist.

Der Vorsitzende, Abg. Rutel, antwortete dem Abg. Kronig, daß die Beschlüsse nicht protokolliert wurden, doch behandelte er die angenommenen Artikel, die dem Protokoll beigelegt sind, als zum Protokoll gehörend. Dem Abg. Insler erklärte Rutel, daß Insler zu der Sitzung eingeladen war. Die Einladung konnte dem Abgeordneten aber nicht eingehändigt werden, da er nicht in Warschau war. Den Empfang desselben bestätigte aber der jüdische Klub. Auch Abg. Chrucki erhielt eine ähnliche Antwort. Trotzdem sein Klub bereits am 3. März erklärt habe, daß er an den Arbeiten der Kommission nicht teilnehmen werde, wurden die Einladungen an den Klub weitergeschickt.

Nachdem die Minderheitsvertreter die Obstruktion noch eine Zeit weitergeführt haben, sich jedoch davon überzeugten, daß die Linksparteien sie darin nicht unterstützen, verlas Abg. Insler eine Erklärung der nationalen Minderheiten, die vom jüdischen, deutschen, ukrainischen und dem Klub der Chliboroby unterzeichnet ist.

Diese Klubs erklärten, daß ihre weitere Mitarbeit in der Kommission zwecklos sei, ihre Verantwortung für eine Sache, für die sie keine Verantwortung übernehmen können, daß sie nicht mehr imstande seien, das Uebel zu beseitigen, welches bereits geschaffen wurde, auf Grund der Verhängung der polnischen Klubs. Daher können sie an den Kommissionsarbeiten nicht weiter teilnehmen.

Nach Abgabe dieser Erklärung verließen die Abgeordneten Kronig, Insler und Chrucki die Sitzung. Dieser Erklärung schloß sich eine Diskussion an. Der Referent, Abg. Jaworowski erklärte, daß die Declaration eine politische Unterstellung sei, denn der Klub der P. P. S. habe mit niemanden irgendwelche Abkommen getroffen, die gegen die Minderheiten gerichtet wären.

Abg. Kozłowski (Ende) trat gleichfalls [sch]ar ge-

gen die Erklärung auf und machte besonders dem jüdischen Klub Vorwürfe, der nach Reimig K's die Erklärung „präpariert“ habe.

Abg. Prager (P. P. S.) wies darauf hin, daß zwischen den Forderungen der jüdischen Minderheit und der deutschen und slowakischen Minderheiten grundsätzliche Unterschiede bestehen. Während die letzteren ein Interesse daran haben, die Gesetze zu demokratisieren, will der jüdische Klub das bisherige reaktionäre Wahlrecht in Kleinpolen erhalten, da es den Juden in den Städten gewisse Privilegien gewährt. Die Juden beabsichtigen daher die Arbeit der Kommission zu stören.

Nach diesem Zwischenfall wurden die Beratungen der Kommission fortgesetzt. Angenommen wurde der Teil des Gesetzes, der die Angliederung der ländlichen Gemeinden an die städtischen zuläßt.

Die nächste Sitzung der Kommission findet heute statt.

Die Minderheiten sind entschlossen, die Obstruktion gegen diese Gesetze im Sejm fortzusetzen.

Das Gesetz zum Kampf gegen den Kommunismus

Kommt in einer der allernächsten Sitzungen der Verfassungskommission zur Sprache.

Das vom Nationalen Volksverband eingebrachte Gesetz sieht vor, daß das Innenministerium alle Verbände, Vereine, Parteien oder Organisationen scharf kann, welche „in ihrer Tätigkeit darauf hinweisen, daß sie kommunistische Lösungen im praktischen Leben verwirklichen wollen.“

Mitglieder von Selbstverwaltungen, die sich als Vertreter dieser Art von Verbänden, Organisationen oder Parteien betrachten oder deren Mitglieder sind, gehen des Mandats verlustig.

Außerdem sieht das Gesetz, was für die Reaktion wohl die Hauptsache ist, vor, daß Kandidatenlisten für den Sejm, Senat oder die Selbstverwaltungen, die in irgend einer Verbindung mit kommunistischen Organisationen stehen oder von diesen aufgestellt wurden, als ungültig erklärt werden. Die für solche Listen abgegebenen Stimmen sind ungültig.

Anstatt also die kommunistische Partei zu legalisieren, wie dies heute sogar bereits polnische Demokraten fordern, damit diese Partei im praktischen Leben ihre Schlagkraft und Ideologie zeigt, will das reaktionäre Projekt die Kommunisten vollständig illegal machen. Falsche Wege geht die Reaktion aller Länder. Warum soll ausgerechnet die polnische klüger sein?

Eine Sitzung des Seniorenkonvents.

Gestern fand eine Sitzung des Seniorenkonvents des Sejm statt, in der die bevorstehenden Arbeiten des Sejm besprochen wurden. Die nächste Sitzung wurde auf den 22. März festgesetzt, in der das Budget endgültig aerabschiedet werden soll. Weitere Sitzungen sollen stattfinden, wenn in den Kommissionen die Arbeiten über die Aenderung der Wahlordnung, die Selbstverwaltungsgeetze, das Versammlungsgeetz, beendet sein werden. Rataj erklärte dabei, daß er keinerlei Informationen besitze, ob die Regierung die Sejmession im März zu schließen gedenke. Sollte dies aber auch stattfinden, so kann die Session auf Wunsch eines Drittels der Abgeordneten wieder eröffnet werden.

Der Staatspräsident will nicht entscheiden.

Die gestrige Warschauer Nachmittagspresse bringt die Nachricht, daß der Staatspräsident dagegen ist, daß

ihm die Rechtsparteien die Aenderung der Wahlordnung übertragen wollen, wobei sie daran Bedingungen knüpfen, um ihn schließlich für die Aenderungen verantwortlich zu machen. Die Regierung habe daher beschlossen, ein eigenes Projekt der Aenderung der Wahlordnung auszuarbeiten, welches dem Sejm in 2 bis 3 Monaten überreicht werden soll.

Vor der Auflösung der Stadträte.

Dieselbe Abendpresse meldet, daß in der Regierung die Absicht gereift ist, alle veralteten Selbstverwaltungen in Kongregpolen aufzulösen, wobei die Neuwahlen auf Grund der neuen Selbstverwaltungsgeetze vorgenommen werden sollen, mit deren Annahme durch den Sejm die Regierung rechnet. Das neue Gesetz sieht bekanntlich vor, daß der Wähler mindestens ein volles Jahr in der betreffenden Stadt wohnhaft ist.

Auch in der Sozialgesetzgebung fuhrwerk die Reaktion herum.

Warschau, 15. März (Pat). Die Kommission für Arbeitsschutz hielt gestern eine Sitzung ab, in der Minister Jurkiewicz über die Absichten der Regierung in der Sozialgesetzgebung referierte. Der Minister legte zwei Projekte vor, von denen das eine die Versicherung der geistigen, das andere der physischen Arbeiter betrifft. Der Abg. Trepla (Endel) forderte, daß in den Projekten auch berücksichtigt werde, daß die Sozialversicherungsinstitutionen durch Privatinstitutionen ersetzt werden können. Der Antrag wurde mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

In der Nachmittagsitzung verwarf die Kommission das Gesetz über die Natifizierung der Konvention betreffend das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Das Versammlungsgesetz.

Warschau, 15. März (Pat). Die Unterkommission der Verfassungskommission hat das Versammlungsgesetz entsprechend dem Antrag des Abg. Kiernik (Piast) angenommen und beschlossen, dasselbe der Vollversammlung am Mittwoch zu unterbreiten.

Zaleski zurückgekehrt.

Warschau, 15. März (Pat). Um 8.30 Uhr abend ist Außenminister August Zaleski aus Genf zurückgekehrt.

Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland.

Berlin, 15. März (Pat). Dr. Stresemann erstattete in einer Sitzung des Ministerrats unter dem Vorsitz Hindenburgs Bericht über die Genfer Verhandlungen. Der Bericht ging in die Einzelheiten ein, besonders auch in bezug auf die Verhandlungen mit dem polnischen Außenminister Zaleski. Stresemann erklärte, daß er auf Grund der Konferenzen mit Zaleski der Überzeugung sei, daß die Aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen in den nächsten Tagen erfolgen werde.

Mehr Courtoisie für den Staatspräsidenten.

Der Patron des Staatspräsidenten, der Heilige Ignatius, wird beleidigt sein.

Was wegen des feierlichen Begehens des Namens-tages des Marshalls Josef Pilsudski am 19. März für ein Trara gemacht wird, ist schon nicht mehr schön. Erst unlängst brachten wir eine Meldung des „Kurjer Poznanski“ über ein geheimnisvolles Rundschreiben, in dem die Behörden aufgefordert werden, am Josephstage Hulbigungstelegramme an den ersten Marshall Polens zu entsenden, die so spontan erfolgen sollen, daß sie einer großen Volkstundgebung gleichkommen sollen. Es ist immerhin eine wenig erfreuliche Sache, wenn eine Volkstundgebung auf solche Weise gemacht wird. Uns wundert es nur, daß Pilsudski selbst diese Beweihräucherung nicht untersagt hat.

Diesem geheimnisvollen Rundschreiben hat sich nun eine Verordnung des Unterrichtsministers zugesellt. Auf Grund dieser Verordnung wird nicht befohlen, wohl aber den Schulen nahegelegt, zu Ehren Pilsudskis den Josephstag schulfrei zu erklären.

Dies alles zu Ehren Pilsudskis! Wie muß sich da der Patron Ignatius darüber ärgern, daß an Namenstage des Staatspräsidenten Ignaz Moscicki die Polizei wohl flagen ließ, aber sonst der Namenstag recht sang- und klanglos verlief.

Der Postminister fühlt sich beleidigt.

Ein Halbpantengeschäft oder nicht?

Rein Minister wurde in der letzten Zeit so heftig und so oft angegriffen wie der Postminister Niedzinski, der den schwedischen Kapitalisten zuliebe, die Telephon-zählerautomaten einführen will. Auf der großen Protestversammlung in Warschau, über die wir bereits berichtet haben, hat ein Ingenieur namens Pauly sich in äußerst scharfer Weise über den Minister Niedzinski ausgelassen. Ing. Pauly sagte u. a.: „Minister Niedzinski unterstützt nur deswegen die Bestrebungen der schwedischen Telephongesellschaft, weil ein Teil des Geldes, das infolge der Gebührenerhöhung einfließen wird, in die Tasche des Ministers geht.“

An dieser Stelle wurde der Redner vom Vorsitzenden unterbrochen, doch setzte Ing. Pauly seine Rede wieder fort, indem er mit erhobener Stimme ausrief: „Ich, Ing. Pauly, wohnhaft in der Hozastraße 32, erkläre hiermit, daß ich für meine Worte die volle Verantwortung übernehme. Die Herren Pressevertreter werden wissen, wie sie meine Worte über den Minister zu kommentieren haben.“

Der Minister spielt den Gefräßten. Es ist daher zu erwarten, daß der Staatsanwalt den Ing. Pauly wegen Verleumdung eines polnischen Ministers zu Verantwortung ziehen wird.

Internationale Konferenz über Wilna?

In einer Unterredung, die der litauische Ministerpräsident Woldemaras dem Mitarbeiter der Memeler „Morgenstimme“ gewährte, dementiert er die seitens des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ verbreiteten Nachrichten über einen bereits erfolgten Austausch von Memoranden zwischen Litauen und Polen zur Beilegung der bestehenden Differenzen. Litauen strebe eine internationale Konferenz zur Beilegung der Wilnafrage an, an der sich auch Deutschland, Rußland und die Westmächte beteiligen müßten. Da dies jedoch nicht von heute auf morgen geschehen könne, sei Litauen bereit, inzwischen diese Wilnafrage stufenweise zu behandeln. Die Initiative müsse aber von Polen ausgehen, was bisher noch nicht geschehen sei. Zur Memelfrage erklärte der Ministerpräsident, er wünsche, daß das Memelgebiet eine Brücke zwischen Deutschland und Litauen bilde. Litauen würde alles vermeiden, was zwischen Deutschland und Litauen irgendwelche Reibungsmöglichkeiten herbeiführen könnte. Den Memelländern stehe ganz Litauen für ihre wirtschaftliche Betätigung offen, und es wäre wünschenswert, wenn sie diese Möglichkeiten ausbauen würden. Schon hierdurch würden die meisten Mißverständnisse aus dem Wege geräumt werden.

Der im Memelgebiet immer noch ohne allen Grund aufrechterhaltene Kriegszustand sowie die Verschiebung der memelländischen Landtagswahlen durch die Regierung stehen in einigem Widerspruch zu den Äußerungen Woldemaras'. Die Aufrechterhaltung der Autonomie des Memellandes ist die Voraussetzung für sein gutes Verhältnis zu Litauen.

Der Protest der litauischen Professoren.

Das von der Mehrheit der Professoren der Universität Kowno unterzeichnete politische Manifest mit scharfer Kritik der durch den Staatsstreich ans Ruder gekommenen Regierung ist im Universitätsgebäude am schwarzen Brett angeschlagen worden. Die Presse Litauens hat es bisher immer noch nicht veröffentlicht, dürfen aber nur ganz kurze von der Zensur genehmigte Inhaltsangaben gebracht.

Die in der Universität in dieser Weise erfolgte Veröffentlichung ruft die äußerste Erbitterung der Regierungspresse hervor und auch die klerikalen Blätter nennen die „Bekanntmachung des hochverräterischen Dokuments“ eine unerhörte Herausforderung. Die offiziellen Blätter weisen die von den Professoren erhobenen Angriffe gegen die Regierung zurück und fordern die Gelehrten auf, sich nur der Wissenschaft, nicht aber der Politik zu widmen.

Polizeikommissar Dobiccki sehnt sich nach Freiheit.

Im Gefängnis scheint es ihm nicht zu gefallen.

Der Warschauer Kriminalkommissar Dobiccki, der mit den Dieben gemeinsame Sache machte, indem er sie zu Diebstählen anstiftete und gegenwärtig hinter schwedischen Gardinen sitzt, versucht nun, durch Kautionshinterlegung auf freien Fuß zu gelangen. Die vom Untersuchungsrichter festgesetzte Kautionshöhe von 10000 Zloty ist dem lauberen Kommissar jedoch zu hoch, da seine Betrügereien, wie er sagt, „10000 Zloty nicht wert seien.“ Seine zuerst gefasste Absicht, bis zur endgültigen Entlassung im Gefängnis zu verbleiben, hat Dobiccki jedoch aufgegeben. Der Verteidiger des Dobiccki stellte nun den Antrag, den Verhafteten gegen Hinterlegung einer Kautionshöhe von 5000 Zloty auf freien Fuß zu setzen. Ob dieser Antrag berücksichtigt werden wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls müßten die Gerichtsbehörden die bereits gemachten traurigen Erfahrungen mit in Betracht ziehen. Es ist nicht mehr so leicht, einen in die Freiheit gesetzten Vogel wieder in den Käfig zu bringen.

Für Revision der Kriegsschulden.

Wie die Berliner Abendblätter melden, haben 116 Professoren der Peiceton-Universität ihre Unterschrift unter eine Erklärung gesetzt, die sich der Forderung der Columbia-Universität auf Revision der interalliierten Schuldenregelung anschließt. Es wird betont, daß selbst, wenn die Schuldnerstaaten in der Lage wären, die amerikanischen Forderungen zu erfüllen, es nicht wünschenswert sei, wenn befreundeten Nationen derartig ungeheure Lasten auferlegt würden.

Ein Volk in Waffen.

Die französische Kammer hat nach kurzer, viertägiger Dauer das Kriegsgesetz mit allen Stimmen gegen jene der Kommunisten angenommen. Das neue Gesetz verwirklicht das Wort: Ein Volk in Waffen. Es beginnt mit der Bestimmung, daß im Kriegsfall alle französischen Staatsbürger an der Verteidigung des Landes oder an der materiellen und moralischen Erhaltung desselben teilnehmen müssen, ohne Rücksicht auf ihr Alter und ihr Geschlecht. Also die echte allgemeine Kriegsdienstpflicht.

Daß die bürgerliche Mehrheit sich ein solches Gesetz zu eigen macht, wäre leicht zu verstehen. Aber daß die sozialistische Minderheit das gleiche tut, ja mehr, daß sie den Referenten gegenüber diese Vorlage zu verteidigen hat, das ist schwerer zu begreifen. Und doch muß dies festgestellt werden, daß nicht nur die parlamentarische Fraktion der Partei, sondern — mit ganz wenigen Ausnahmen — die gesamte Partei einheitlich für das Kriegsgesetz war.

Will man all dies verstehen, muß man sich die in ganz Frankreich herrschende Mentalität vergegenwärtigen. Es ist eine alte Geschichte, daß jedes Siegerland Angst vor einem Revanchekrieg hat. So natürlich auch Frankreich. Hier aber ist diese Angst um so größer, weil alle Welt schon die Ungerechtigkeiten des Friedensschlusses einsehlt. Bis auf eine Minderheit, die jene Ungerechtigkeiten durch weitere Gewalt aufrechterhalten möchte, sucht deshalb die allgemeine Stimmung den Weg zu einer Veröhnung mit Deutschland. Da aber dieser Weg sehr schwer zu finden ist und da man sieht, daß in Deutschland zeitweilig noch immer die kriegs- und rachelustige Rechte das Übergewicht hat, entspricht es der allgemeinen Stimmung in Frankreich, wenn man neben der Veröhnung auch Mittel und Wege sucht zur Verteidigung.

Gewiß, der Gedanke einer Kriegsdienstpflicht, die ganz Frankreich militarisiert, alle seine Bürger, alle seine Institutionen, alle seine geistigen und moralischen Kräfte, hat etwas Beklemmendes an sich. Man mag diese Militarisierung mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln einhegen, im rauhen Sturm der Kriegsführung werden doch alle Vorsichtsmaßregeln zu nichts zusammenschrumpfen und nur die Militarisierung allein bleiben. Und Frankreich wird mit diesem Gesetz sicherlich nicht allein bleiben. Schon „studiert“ man es eifrig im Ausland, und wir können darauf gefaßt sein, daß bald auch andere Völker mit ähnlichen Gesetzen beglückt werden.

Die im Gesetz vorgesehene allgemeine oder auch nur teilweise Mobilisierung darf nur im Falle eines Angriffes oder auf Aufforderung des Völkerbundes erfolgen. Daß eine solche Mobilisierung nicht gegen innere Unruhen oder gar gegen Streiks angewendet werden darf, bestimmt das Gesetz ausdrücklich. Ferner macht das Gesetz alle Kriegsgewinne unmöglich durch die Bestimmung, daß alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Mobilisierung unterliegen und ihr Nutzen die übliche Verzinsung der Staatsanleihen nicht übersteigen dürfe. Ferner ist die eigentliche Leitung des Krieges aus den Händen der Militärs genommen und der zivilen Regierung übergeben und für die Kriegszeit das Parlament in Permanenz erklärt, zwecks Kontrolle der Regierung. Das mag wenig erscheinen, aber mehr Garantien auszuküßeln dürfte wohl schwer sein.

Gleichzeitig wird mit diesem Gesetz auch der weitere Abbau des stehenden Heeres ermöglicht, wie dies auch Faures geplant hat. In der Tat werden schon jetzt im französischen Kriegsministerium die Vorstudien gemacht, um die Dienstpflicht auf neun Monate herunterzusetzen.

Ob dieses System heute tatsächlich den Umwälzungen der Kriegstechnik und den Interessen des Proletariats entspricht, ob es insbesondere die Wirkung hat, die man in Frankreich von ihm erwartet, die Kriegsgefahr zu mindern, den Krieg sozusagen zu zähmen, den Militarismus zu demokratisieren — das ist eine Frage, die an das große, viel weiter reichende Problem rührt: ob sich der Kapitalismus bändigen und entwaffnen läßt, indem man ihn zweckmäßiger bewaffnet.

Sonderbeil.
Das O
Die Bö
Stunde doch
Schlesischen S
solche, die inn
Entrüstung
klaren Worten
angeblich durch
werden soll, st
Kinder allein
welche Schule
Von diesem
Eltern die En
der der deutsche
len. Die p
Schlesien habe
anders au
und über 70
angeblich „rei
der Eltern en
schick werden
mischen Kom
pret der Gen
daß das Re
steller ist,
haben diesem
und so mußte
wiesen werde
Es kam
trotz aller
bei der Rats
der Genfer K
auf Grund e
schafft, der es
Entscheidungs
Wirksamkeit
Rechenhaft
verschiedenste
weil es ebe
bestimmt zur
die das Deu
der Minderh
Und in einer
zu, daß auch
möglich ist,
sprache von
mit der Ein
Fähigkeit na
durch einen
kunft als ein
Gemischten
beigegeben
der Entsch
„Das w
wantschiebstad
„Nur ein
„Und an
Wit groß
wo?“ „Von d
„In der
Wahr wie ist e
erfahren hast?
Ein Sch
„Mein
besaß, bei dem
und lenkt ver
Arzur. Währ
schäffert, daß
Kammer ich
ich durch S
diebstahl, wor
war, aber nich
Auch
legt er den
und streicht
„Sag m
werst sage m
Waldbild.“
Dankles
sagt sie sich
machen.
„Ich ge
Wia, Arzur.
Wo — als S

Das Genfer Kompromiß.

Die Völkerverbundstagung hat in letzter Stunde doch noch eine Lösung in der ober-schlesischen Schulfrage gefunden, allerdings eine solche, die innerhalb der Minderheitellen eine Entlastung auslösen muß. Nach dem klaren Wortlaut der Genfer Konvention, die angeblich durch die Entscheidung nicht berührt werden soll, steht den Eltern der schulpflichtigen Kinder allein das Recht zu, zu bestimmen, in welche Schule sie ihren Zögling schicken wollen. Von diesem Grundsatz getragen, haben die Eltern die Entscheidung getroffen und die Kinder der deutschen Minderheitsschule zuführen wollen. Die polnischen Lokalbehörden in Oberschlesien haben aber die Genfer Konvention anders ausgelegt, die Anträge nachgeprüft und über 7000 Anträge zurückgewiesen, weil angeblich „rein polnische“ Kinder, dem Willen der Eltern entgegen in die deutsche Schule geschickt werden sollten. Der Präsident der Gemischten Kommission, der einzig berufene Interpret der Genfer Konvention, hat entschieden, daß das Recht auf Seiten der Antragsteller ist, aber die polnischen Behörden haben diesem Entscheid keine Rechnung getragen und so mußte die Frage dem Völkerverbund überwiesen werden.

Es kam ein Kompromiß zustande, welches trotz aller Versicherungen der Staatsmänner bei der Ratssitzung, die klaren Bestimmungen der Genfer Konvention durchbricht und so auf Grund einer Tatsache, einen Präzedenzfall schafft, der es immer wieder möglich macht, die Entscheidungen anders auszulegen, wie sie in Wirklichkeit sind. Wir aber geben uns darüber Rechenschaft ab, daß dieses Kompromiß erst die verschiedensten Schwierigkeiten auslösen muß, weil es eben alle Möglichkeiten zuläßt. Es bestimmt zunächst grundsätzlich, daß nur Kinder, die das Deutsche als Muttersprache beherrschen, der Minderheitsschule zugeführt werden dürfen. Und in einer anderen Umschreibung gibt man zu, daß auch dort die deutsche Minderheitsschule möglich ist, wo deutsch und polnisch als Muttersprache von den Eltern angegeben werden, aber mit der Einschränkung, daß hier die sprachliche Fähigkeit nachgeprüft werden kann und zwar durch einen Schweizer Pädagogen, der in Zukunft als eine Art Kontrollinstanz der Gemischten Kommission, also Herrn Calonder, beigegeben wird. Hier liegt die ganze Schwere der Entscheidung, daß sie voraussetzt, daß nur

solche Kinder in die Minderheitsschule können, die ohne jede Schwierigkeit dem deutschen Unterricht folgen können. Also nicht die Eltern allein, sondern der Beirat des Herrn Calonders wird von Fall zu Fall zu entscheiden haben, ob das Kind der Minderheit- oder der Mehrheitsschule zugeführt werden soll. Ein weiterer Umstand, der uns bedenklich stimmt, ist, daß die Zulassung der Minderheitsschulpflicht davon abhängt, ob das Kind in dem fraglichen Schulbezirk wohnt. Trifft dies nicht zu, so muß das Kind in die polnische Schule, wenn zum Beispiel 40 Kinder an einem Orte nicht vorhanden sind, die in eine deutsche Schule wollen. Mit den anderen Bestimmungen kann man sich abfinden, denn sie besagen ja nichts anderes, als das, was von uns immer behauptet wurde. Die Deutschen haben nie verlangt, daß Kinder mit rein polnischer Sprache der deutschen Schule zugeführt werden, denn sie bilden beim Unterricht nur eine Belastung für die anderen Schüler, eben weil solch ein Kind, welches zwar zu Hause deutsch, aber im Umgang mit anderen auch polnisch spricht und bei einer eventuellen Nachprüfung in Angst oder aus Schüchternheit das Deutsche nicht einwandfrei beherrscht, einfach der polnischen Schule zugewiesen wird. Ließt man noch einmal die gesamten Bestimmungen durch, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Genfer Kompromiß erst recht neue Schwierigkeiten schaffen wird, die bisher nicht bestanden haben.

Noch ist es nicht ganz klar, aus welchem Ruhhandel hinter den Kulissen dieses Kompromiß angenommen worden ist. Zur Befriedigung trägt er nicht bei und die Praxis wird den Völkerverbund belehren, welchen neuen Irrtum es durch die Entscheidung begangen hat.

Ein Synedrium.

Kann Spira weiterhin Rabbiner bleiben?

Heute kommen in Lemberg die vier bekanntesten Rabbiner Kleinpolens zusammen, um über den Wunderrabbi von Radymno Spira im Zusammenhang mit dem Pezemyhler Sensationsprozeß Gericht zu halten. Das Gericht setzt sich aus den Rabbinern Steinberg (Jaroslau), Szalit (Tarnopol), Lewin (Sambor) sowie Braude (Lemberg) zusammen. Die Rabbiner werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Akten über die Verheiratung des Rabbiners Spira mit der Blata Rubin durchsehen sowie die Zeugen vernehmen, worauf sie das Urteil fällen werden, ob Spira Rabbiner verbleiben kann oder nicht

Thomas Mann in der Warschauer Universität.

Während seines Aufenthalts in Warschau besuchte Thomas Mann auch die Warschauer Universität. Thomas Mann wurde seitens der Studentenschaft ein herzlicher Empfang zuteil. Nachdem der Rektor der Universität, Prof. Hryniewski, den hohen Gast begrüßt hatte, begab man sich nach der Aula der Universität, wo die Studenten der philosophischen Fakultät Thomas Mann erwarteten. Im Namen der Studenten wurde der hohe Gast durch St. Sawicki und Fel. Karau, Tochter des deutschen Sejmabgeordneten, begrüßt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine gemeinsame photographische Aufnahme gemacht. Beim Verlassen der Universität erklärte Thomas Mann, er habe nicht erwartet, daß in der lebhaften Stadt das Gebäude der Universität eine so stille Stätte sein könne.

Ein Finanzskandal in Paris.

Nach einer Meldung aus Paris wurde dort am Sonntag der Finanzier Rochette, der bereits vor dem Kriege im Mittelpunkt einer Betrugsaffäre gestanden hatte, und während des Krieges zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt worden war, mit mehreren Komplizen verhaftet. Wie das „Journal“ meldet, sollen in den letzten Tagen gegen Rochette über 10 000 Anzeigen wegen Betruges eingelaufen sein. Die erschwindelten Beträge werden bisher auf 40 Millionen Franken geschätzt. Rochette hat weite Kreise der Bevölkerung durch sensationelle Ankündigungen verführt, Geld für Börsentransaktionen bei ihm anzulegen.

Sittlichkeitsverbrechen eines Pfarrers.

Die vor etwa acht Tagen erfolgte Verhaftung des Pfarrers von Fischau bei Wiener-Neustadt, Hermann Hilgarth, wegen Sittlichkeitsdelikte hat sowohl im Kurort Fischau als auch in der weiten Umgebung großes Aufsehen hervorgerufen. Diese Affäre zieht aber nunmehr weite Kreise und gestern erfolgte die Verhaftung von drei Personen, welche durch die Verfehlungen des Pfarrers Hilgarth schwer kompromittiert sind. Die drei Verhafteten wurden im Laufe des gestrigen Tages dem hiesigen Kreisgericht eingeliefert, wo gegen sie die Untersuchung wegen homosexuellen Verkehrs geführt wird.

Eine blutige Totenfeier in Singapur.

Zusammenstöße der Chinesen mit der englischen Polizei. Gelegentlich der Feier des Todestages Sunjaisens kam es in Singapur zu Zusammenstößen zwischen chinesischen Demonstranten und der Polizei, die bis zum Polizeigebäude zurückgedrängt wurde. Ein europäischer Polizeinspektor wurde am Kopfe schwer verwundet. Später verlor die Menge zweimal, die Polizeistation zu stürmen, so daß die Polizei gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Sechs Chinesen wurden getötet und elf verwundet.

Der Liebe Sieg.

Roman von Erich Friesen.

(28. Fortsetzung.)

„Das war es auch. Du hast doch von dem Diamantenraub in der Zeitung gelesen?“
„Nur einmal, ganz flüchtig.“
„Und auch von meiner Gefangenschaft?“
„Mit großen, verwunderten Augen starrt sie ihn an.“
„Von deiner Gefangenschaft? ... Großer Gott, wo?“
„In der Nervenklinik des Sanitätsrat Wessel. Aber wie ist es denn möglich, daß du von all dem nichts erfahren hast?“
Ein Schatten zieht über ihr glückstrahlendes Gesicht.
„Mein Onkel starb am Tage nach jenem Theater- und senkt verschämt die Lider — daß ich dich — liebe, Artur. Während der nächsten Tage war ich derart erschüttert, daß ich fast nichts hörte und sah. Wochenlang kümmerte ich mich um keine Zeitung. Erst viel später las ich durch Zufall eine kleine Notiz über den Diamantenraub, worin zwar der Name meines Vaters erwähnt war, aber nicht dein Name.“
Nach Arturs sonniges Gesicht wird ernst. Zärtlich legt er den Arm um die Schulter des geliebten Mädchens und streichelt das braune Lockengewirr.
„Sag mir, seit wann bist du zu Besuch auf Schloß Waldbild.“
Dunkles Rot steigt in ihre Wangen. Fast heftig schaut sie sich aus dem sie umschlingenden Arm freizumachen.
„Ich gehöre nicht zu den Gästen auf Schloß Waldbild, Artur. Ich bin in — in dienender Stellung hier.“
— als Kammerjungfer —

„Du — Kammerjungfer?“ fährt er auf. „Du armes, armes Kind! Was für ein grausames Ungeheim muß die so unglücklich aufgetauchte Witwe deines Onkels sein, daß sie dich so ohne alle Mittel in die weite Welt hinaussteht! Ich möchte sie einmal vor mir haben und ihr gründlich meine Meinung sagen. Wie sieht er aus, der alte Drache?“
„Ich weiß es nicht. Sie läßt ihre Angelegenheiten durch ihren Anwalt regeln, wie ich die meinigen durch Justizrat Winterstein.“
„So — so —! Na, das ist ja jetzt alles ganz egal! Du gibst natürlich sofort deine Stellung auf. Ich bringe dich zu einer befreundeten Familie bis zu unserer Hochzeit, die sobald wie möglich stattfinden muß. Und wenn du erst meine kleine Frau bist —“
Er will sie näher zu sich heranziehen. Sie jedoch wehrt ihm in ersticklicher Erregung.
„Bitte, bitte, Liebster! Sprich noch zu niemandem von — von —“
„— von unserer Liebe? Warum nicht?“
„Ich darf meine Stellung noch nicht aufgeben.“ Sie faßt seine beiden Hände und blickt ihm voll ins Gesicht.
„Artur, du hast mich noch nicht nach dem Namen meiner Herrin gefragt. Es ist Frau von Althoff-Harrison — die zweite Gattin meines Vaters.“
„Alrun!“
Artur ist aufgesprungen. Die Nachricht kam zu unerwartet.
„Und bei deiner Stiefmutter versiehst du Kammerjungferdienste?“ ruft er empört.
Nach Alrun ist aufgestanden. Mit einer bittenden, unendlich rührenden Gebärde schlingt sie die Arme um seinen Hals und schmiegt das Köpfchen an seine Brust.
„Sie weiß nicht, daß ich ihre Stieftochter bin,“ erwidert sie beschwichtigend. „Unter anderem Namen habe ich die Stellung in ihrem Hause angetreten.“
Und mit wenig Worten, aber völlig wahrheitsgetreu, erzählt sie ihm alles, was sie seit dem Tode ihres Onkels

erlebt, und daß sie hoffe, in dem Hause der zweiten Gattin ihres Vaters den Schlüssel zu dem Geheimnis zu finden, das ihre Geburt umschwebt.
Arturs Gesicht wird immer ernster. Seiner ehelichen, geraden Natur widerstrebt jede Art von Heimlichkeit.
„Warum fragst du sie nicht offen nach deinen Eltern? Diese Winkelzüge sind deiner unwürdig.“
„Du vergißt, daß sie ihre unbekannte Stieftochter haßt, wie sie früher meine arme Mutter haßte. Sobald sie weiß, wer ich bin, werde ich niemals die Wahrheit über meine Eltern erfahren.“
„Was für einen Vorteil erhoffst du für dich aus der Erkenntnis dieser Wahrheit?“ fragt er beläufig.
„An unserer gemeinsamen Zukunft kann die Vergangenheit nichts ändern. Daß die alten Geschichten begraben sein!“
Doch sie will davon nichts hören.
„Gib mir noch etwas Zeit, Artur! Ein paar Monate wenigstens!“ bittet sie mit stehend erhobenen Händen.
„Ich habe die Empfindung, als ob die Erfüllung meiner Mission nahe bevorsteht.“
Er beugt sich nieder und sieht ihr lange und ernst in die Augen.
„Ist das der einzige Grund, Alrun? Oder schreckt dein Herz vor einer baldigen Vereinigung mit mir zurück?“
Schweigend blickt sie ihn an mit ihren großen klaren Augen — Augen, in denen ihre ganze Seele liegt.
„Vergib mir, Geliebte!“ murmelt er beschämt, ihre Hände mit seinen bedeckend. „Ich will dir also noch drei Monate Zeit geben. Nach dieser Frist aber bist du mein. Dann lasse ich dich nicht mehr! Nie mehr! Sag nur das eine: daß du mich liebst! Mich ebenso liebst, wie ich dich liebe! Von ganzem Herzen.“
„Ja, ich liebe dich! Von ganzem Herzen!“ wiederholt sie feierlich.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Partei hat den diesjährigen Parteitag zum 22. Mai und folgende Tage nach Kiel einberufen. Im Anschluß an den Parteitag findet in Kiel eine Frauenkonferenz statt.

Ein Blutbad der ungarischen Soldateska.

Budapest, 15. März. Einige vollständig bekränzte ungarische Soldaten haben in den Hauptstraßen von Budapest unter den vorübergehenden Passanten ein furchtbares Blutbad angerichtet. Sie verwundeten drei Polizeibeamte und über 30 Straßenpassanten. Erst einem größeren Gendarmereiaufgebot gelang es, die rasenden Soldaten zu entwaffnen und in die Kaserne einzuliefern.

Ein amerikanischer Banditenstreich.

New York, 15. März. In der Nähe von Pittsburg haben Banditen eine Straße mit Dynamit an zwei Stellen gesprengt und die Löcher mit Lannenreis verdeckt. Sie wußten, daß kurz nachher zwei Automobile kommen müßten, die das Geld für den Jahrtag bei den benachbarten Gruben beförderten. Die beiden Automobile stürzten in die Löcher, und es gelang den Banditen, die Geldsäcke mit 102 000 Dollar zu entwenden und zu entkommen.

Sechs zum Tode Verurteilte brechen aus dem Gefängnis aus.

Chicago, 15. März. Aus dem hiesigen Gefängnis unternahmen sechs zum Tode verurteilte Mörder einen Ausbruchversuch. Drei wurden nach längerem Kampfe von den Polizisten überwältigt, die drei andern, Mexikaner, entkamen. Von den sie verfolgenden Polizisten wurden zwei verwundet.

Aus dem Reiche.

Ueberfall der Polizei auf einen Trauerkondukt.

Erst gestern berichteten wir über eine von ungeheurer Roheit zeugende Tat der Polizei in Pabianice und schon wieder hat sich ein nicht alltäglicher Fall in Warschau ereignet, wo von der Polizei ein Leichenzug gesprengt wurde. Vorgestern nachmittag wurde die im jüdischen Krankenhaus in Warschau (Czyste) an Tuberkulose verstorbene 20jährige Romeh Kibel, die Mitglied des Schneiderinnenverbandes war, beerdigt. Am Beerdigungszug nahmen große Menschenmengen teil, darunter zahlreiche Vertreter von befreundeten Verbänden, die Kränze an der Spitze des Zuges trugen. Als der Trauerzug sich der Lesznostraße näherte, stimmten die Beteiligten die Internationale an. In der Nähe der Karmelicastraße versperrte eine Polizeiabteilung dem Trauerzug den Weg. Beim Anblick der Polizei unterbrachen die Zugteilnehmer sofort den Gesang. Die Polizei stürmte dennoch vor und jagte den Zug auseinander, 5 Kränze konfiszierend. Staatsfeindliche Aufschriften befanden sich nicht auf den Schärpen, es sei denn, daß man die Aufschrift „Dem

Opfer des Kapitalismus“ als staatsfeindlich betrachtet. Nach der Sprengung des Zuges setzte der Leichenwagen, gefolgt von den nächsten Angehörigen der Verstorbenen, seinen Weg fort. Als die zerstreuten Freunde der Verstorbenen in der Nähe des Friedhofs sich dem Zuge wieder anschlossen, wurden sie jedoch

wiederum von der Polizei verjagt.

Dabei wurden zwei Zugteilnehmer, Salomon und Lopatin, verhaftet, die nach Feststellung ihrer Personalien durch die politische Polizei sofort wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Es ist dies ein noch nie dagewesener Ueberfall der Polizei auf einen Trauerkondukt. Selbst bei den früheren Rechtsregierungen in Polen bewahrte die Polizei stets die Achtung vor der Majestät des Todes. Nun aber glaubt die Polizei selbst den toten Arbeiter nicht einmal in Ruhe lassen zu brauchen. Ob der Innenminister General Skladkowski diesen unerhörten Streich der Polizei wohl gutheißen wird?

gl. Konstantynow. Außergewöhnliche Generalversammlung des Turnvereins. Dem hiesigen Turnverein gelang es in diesem Jahre trotz zweimaliger Einberufung der Generalversammlung nicht, eine Verwaltung aufzustellen. Herr W. Heidrich legte sein Amt als Vorsitzender in die Hände des Ehrenpräses E. Stehr. Diesem gelang es dank seines persönlichen Einflusses eine Verwaltung zusammenzustellen und der außergewöhnlichen Generalversammlung am Sonnabend, den 12. I. M., zu präsentieren. In einer Ansprache schilderte der Ehrenpräses Herr Eduard Stehr den Versammelten den traurigen Stand des Vereins, der in diesem Jahre sein 30jähriges Bestehen feiert. Er ermahnte die Mitglieder, sich aufzuraffen, damit der größte deutsche Verein Konstantynows, der doch ein bedeutendes Vermögen sein eigen nennt, nicht auseinanderfalle, der neuen Verwaltung, die sich tatkräftig an die Spitze des Vereins stellen wird, volles Vertrauen entgegenzubringen und in ihren Bemühungen tatkräftig zu unterstützen. Laut Statut müßten die aufgestellten Personen en bloc gewählt werden, die Verteilung der einzelnen Posten erfolge auf der nächsten Verwaltungssitzung. Die anwesenden Mitglieder waren mit diesem Vorschlage einverstanden und drückten durch einstimmige Wahl der neuen Verwaltung ihr vollstes Vertrauen aus. Auf Antrag des Herrn Heidrich wurde sofort eine Verwaltungssitzung abgehalten, auf der über die Verteilung der Posten beraten wurde. Die Ämter wurden wie folgt verteilt: Erster Vorstand: Herr G. Schulz; zweiter Vorstand: Herr W. Heidrich; erster Schriftführer: Herr Th. Stehr; zweiter Schriftführer: Herr H. Wehner; erster Kassierer: Herr H. Stehr; zweiter Kassierer: Herr J. Schöler. Zur technischen Kommission gehören die Herren: W. Frinter, A. Riefer, A. Weber, R. Grams. Revisionskommission: A. Hoffmann, E. Schulz. Ersatzmänner: Br. Tende, und A. Frinter. Der erste Vorstand, Herr G. Schulz, wandte sich an die Versammelten mit dem Ersuchen, der Verwaltung treu zur Seite zu stehen und schloß die Versammlung mit dem turnerischen: Gut Heil!

gl. — Die Versteigerung der Bappele auf dem Plac Wolnosci am Montag, den 14. I. M., erbrachte die ansehnliche Summe von 1020,50 Zloty. Es wurden 37 Bäume versteigert. Das Geld ist zur Umfriedung des Platzes bestimmt, da derselbe in einen städtischen Park umgewandelt werden soll. Außerdem soll die städtische Baumschule, die auf dem Grundstücke

des Magistrats angelegt wurde, nach dorthin übertragen werden.

Retrikau. Auflösung des Krankenkassenrates. Aus dem Retrikauer Krankenkassenrat trat eine Gruppe von 5 Delegierten der P. S. D. Linken aus, wodurch der Rat dekomplettiert wurde. In den nächsten Tagen wird ein Regierungskommissar ernannt werden, der sich der Sanierung der Retrikauer Krankenkasse annehmen und die Neuwahlen durchführen soll. Die Wahlen sollen Mitte Juli stattfinden.

Warschau. Der geohrfeigte Gesandtschaftssekretär. Großes Aufsehen erregte seinezeit ein Vorfall, der sich in der Pariser polnischen Gesandtschaft zugetragen hat. Der in Paris wohnhafte Journalist Smogorzewski erschien eines Tags in der Gesandtschaft, betrat das Kabinett des Gesandtschaftssekretärs Czajkowski und verles ihm eine schallende Ohrfeige. Der Grund zu dieser Tat war ein Zwischenfall, den Smogorzewski im Internationalen Verband der ehemaligen Soldaten hatte. Da eine von einem polnischen Staatsbürger im Gesandtschaftsgebäude begangene Straftat der Kompetenz der örtlichen Behörden nicht unterliegt, muß diese von den Heimatgerichten behandelt werden. Diese Gerichtsfrage ist nun dem Bezirksgericht in Warschau überwiesen worden. Die Verhandlung soll demnächst stattfinden.

Rattowiz. Festnahme eines Betrügers. Die hiesige Polizei einen gewissen Leon Polski. Wie festgestellt wurde, war der Verhaftete tatsächlich im vergangenen Jahre etwa sechs Monate im Karmeliterkloster in Krakau, von wo er jedoch flüchtete und ein geistliches Gewand zu betrügerischen Zwecken mitnahm. Auch in anderen Ortschaften versuchte er unter Vorwande gelung falscher Tatsachen, der Bevölkerung Geld abzuloden.

Gewerkschaftliches.

Die Mitglieder des Organisationskomitees der Deutschen Abteilung des Klassenverbandes werden am morgigen Samstag, darauf daß morgen, 7 Uhr abends im Verbandslokale Dzielna 50, eine Sitzung der Bezirkskommission der Fachverbände stattfindet, zu der sie vollständig zu erscheinen haben.

Berufung der Reiger, Scherer, Schlichter und Andreeher findet Freitag, den 18. d. M., morgens 10 Uhr im Lokale der Deutschen Abteilung, Retrikauer 109, statt.

D. S. A. P., Ortsgruppe Zgierz. Anmeldungen für die deutsche Abteilung beim Klassenverband werden im Lokale der D. S. A. P., 3 Maja 32, jeden Donnerstag von 7—9 Uhr abends und jeden Sonntag von 3—5 Uhr nachmittags entgegengenommen und Informationen in Angelegenheiten des Klassenverbandes erteilt. Die Organisationskommission.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Ortsvorstand Bodz. Zentrum. Heute, Mittwoch, den 16. März l. J., um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale Retrikauerstraße 109, eine ordentliche Vorstandssitzung statt. Um pünktliches Erscheinen bittet der Vorsitzende.

Jugendbund

der D. S. A. P.

Bodz-Nord. Gemischter Chor. Den Mitgliedern des gemischten Chores von Bodz-Nord zur Kenntnis, daß heute die Singstunde nicht um 1/8, sondern pünktlich um 1/7 Uhr abends beginnt.

Carmolita auf Lippen und Wangen. Und die schwachen Binnestriche unter den Augen, die den Blick glänzender, feuriger erscheinen lassen.

Artur hockt vor ihrem Koffer und läßt ihre wenigen Kleider Revue passieren. Fast schelmisch blickt ihre Augen, als sie sich den Moment vergegenwärtigt, da ein galanterer Diener Frau von Althoff Harrison ein Billet überbrachte, auf dem Herr Bankier Morgenstern in aller Form „Fräulein Gerda Eberhard“ einladet, dem heutigen Fest von der Tribüne aus beizuwohnen. Freilich, Madame ihre Brauen unheimlich empor und ihre Miene drückten höchste Indignation aus; aber sie schien doch nicht zu wagen, dem Wunsch des Hausherrn entgegenzutreten. Durch hochmütiges Kopfnicken beantwortete sie die stumme Frage in den Augen ihrer „Kammerjungfer“, ohne auch nur mit einem Wort darauf zurückzukommen.

Bald ist Artur mit ihrer Toilette fertig. In einem grazidsten schwarzen Ephegewand, das ihre zarte Schönheit aufs vorteilhafteste hervorhebt, steht sie vor dem Ankleidespiegel und überblickt prägend ihre Erscheinung. Will es doch heute, dem Gestehten zu gefallen! Ein liebliches Lächeln amspielt ihre Lippen. Die Strahlen in den Wangen vertiefen sich. Heiter nicht sie dem Spiegelbilde zu ergreift Handschuhe und Fächer und eilt leichtfüßig hinab. Vor einer der zu dem Hauptsaisaal führenden weitgedörfneten Flügeltüren bleibt sie zaudernd stehen. Es ist ihr peinlich, so ganz allein durch die auf und ab wogende gepuzte Menge zur Tribüne zu gehen.

Da hat auch schon die kleine Komtesse, die als allerliebster „Schmetterling“ am Arm eines schlanken „Marquis Posa“ hängt, sie bemerkt. Rasch zieht sie ihren Begleiter hin zu dem einsamen Mädchen.

„So, edler Ritter! Geleiten Sie die junge Dame mal nach der Tribüne! Ah so — Sie können einander noch gar nicht! Herr Artur Rodewald — Fräulein Eberhard...“

(Fortsetzung folgt)

Fest drückt er die schlante Gestalt an sich. Dann schließt er sie mit beiden Armen ein wenig von sich fort und nimmt eine respektvolle Haltung an.

„Bis dahin bist du für mich Fräulein — Fräulein — wie heißen Sie eigentlich, mein Fräulein?“ fährt er mit wiedergewonnenem Humor fort.

„Gerda Eberhard — zu dienen,“ lächelt sie schalkhaft, mit einem tiefen Knids. „Kammerzofe der Frau Sybill von Althoff Harrison...“ Horch! Die Gäste lehren von ihrer Reitpartie zurück! unterbricht sie sich hastig, in die Ferne laufend, von wo aus Pferdegetrappel und lustiges Lachen bis zu dem jungen Paar herüberdringt. „Verlaß mich jetzt, Geliebter! Man darf uns nicht zusammen sehen.“

„Ihr Wunsch ist mir Befehl, mein Fräulein!“ Noch einmal preßt er sie an sein Herz; noch einmal läßt er die ihm willig gebotenen frischen Lippen. Dann eilt er davon, dem Hause zu.

Als die heitere Reitergesellschaft bald darauf in die Halle eintritt, kommt der junge Schriftsteller, mit einer Zeitung in der Hand, gewächlich aus der Bibliothek.

„Ah, Herr Rodewald! Herr Rodewald! Wie schön, daß Sie doch noch gekommen sind!“ lacht und jubelt es durcheinander. „Aber wie müssen Sie sich gelangweilt haben, hier so ganz allein!“

Die kleine Billi von Trotha, die als eine der letzten die Halle betritt, wird dunkelrot vor Freude, als sie den jungen Schriftsteller gewahrt, für den ihr sechzehnjähriges Badischer Herz in schwärmerischer Begeisterung erglüht. Als die andern, lachend und schwagend, die Treppe zu ihren Gemächern hinaufsteigen, um sich für das Kostümfest vorzubereiten, bleibt sie noch etwas zurück, in der stillen Hoffnung, Artur Rodewald werde sich zu ihr gesellen.

Und richtig — da tritt er auch schon auf sie zu und richtet ein paar Worte an sie — gleichgültige Worte und im lächelnden Konversationsston. Trotzdem ist es der überschwinglichen Kleinen, als müsse ihr Herzchen einen Aufsprung tun vor Wonne und Seligkeit.

In diesem Augenblick kommt Artur aus dem Park die breite Freitreppe herauf. Mit höflichem Gruß will sie an den beiden vorbei.

Doch die warmherzige kleine Komtesse geht eilig auf sie zu und fragt mit der ihr eigenen bezwingenden Liebenswürdigkeit, den Arm um ihre Taille schlingend, ob sie sich heute abend nicht auch das Kostümfest ansehen möchte — vielleicht von der Tribüne aus.

Lächelnd verneint Artur. „Weshalb nicht?“ wundert sich Billi. „Sie sind doch noch so jung und sollten sich mit uns freuen und mit uns lachen und glücklich sein!“

„Sie vergessen, daß ich nur eine Kammerjungfer bin, Komtesse,“ erwidert Artur heiter, unwillkürlich nach Artur hinüberblickend, der sich etwas im Hintergrund hält.

„Papperlapapp, Kammerjungfer!“ sprudelt Billi energisch hervor. „Sie sind jung und häßlich und sollen sich heute auch amüsieren. Dafür werden wir sorgen, nicht wahr, Herr Rodewald? Wir werden Herrn Morgenstern bitten, daß er Ihnen einen schönen Tribünenplatz reserviert, Fräulein Eberhard. Sie haben doch gewiß ein häßliches schwarzes Kleid? Wenn nicht, leihe ich Ihnen mein schwarzes Tüllkostüm. Es wird Ihnen sicher passen. Adieu einstweilen, liebes Fräulein! Auf frohes Wiedersehen heute abend!“

Und eine heitere Melodie trällernd, tänzelt das zierliche Geschöpf davon.

Bangsam folgt ihr Artur — ein glückliches Lächeln auf den Lippen. Als sie an Artur vorbeigeht, treffen sich ihre Blicke in stummem Gruß.

Einige Stunden später.

Wichtige Tamtamschläge, die das ganze Haus durchdröhnen, rufen zum Beginn des Festes. Blendend schön in ihrem strahlenden Kostüm als „Mondsee“ ist Madame soeben die Treppe hinabgerauscht. Nur der schärfste Beobachter würde den letzten Puderhauch auf Hals und Nacken bemerken. Und die Ahnung von

Russische So... Die Angl... Die Slow... Deutschlands... Prawd... in die antil... zur Zeit als... aber, obgleich... Westen orientier... lands, eines La... wirtschaftliche un... stellen beginnt... friedlicher Bezie... Das deutsche... grenzen nicht als... zu garantieren... Vor der Ei... London... Gazette“ berich... und amerikanis... den, Manking... kommen, daß d... Kantontuppen... Behörden habe... geführt... Neue... Paris, 1... aus Paris berich... Gruppe aufständ... Seite herüberge... sahrungstruppen... französischer Sei... gefallen, währen... Toten 40 erreic... Tag... Das Staat... eine Untersuchung... die sich ohne G... miltung befasse... lies ganz bedeutende... das nach dem A... Vom Mi... Verwaltungsfig... eine Reihe aktu... bergund wird... Vorkriegsgrund... auf 51 Prozent... ringerung der... die große Arbeit... dung dieser Frei... weniger als 50... von der Zahlun... der Grundmiete... übersteigen die... befallen ganz b... öllkerung. Die... der Aufhaltung... Mieter insolge... ausgesiedelt, so... den, dem Miet... berungen der... In Sach... rangspolice... Kriegspolice... digung von den... „Equitable“ un... nannten Gesell... in Rußland ur... eine Entschädig... konnten gegenü... lichen Klagegew... Bill besteht, w... ter offizieller W... durch die ame... werden können... halt insofern ei... Gerichtshof die... erkannt und er... gesellschaften la... mögen den Po... Beschluß ist fü... tigkeit, als all... Policen auf e... Der Sta... Am Sonnabend... lezend mit der... Lobz statt. W... Herren Kistenb... Delegation wie... gehen von 1... parlamentsdirel... Delegation wo... selben zu unter... der Stadt Vol... kspaisbank übe...

Der Kampf ums Brot.

Vor der Proklamierung des Generalstreikes. — Die Industriellen für Donnerstag nach Warschau berufen.

Gestern fand im Saale des polnischen Angestelltenverbandes eine Sitzung der Zwischenverbandskommission statt, an welcher Vertreter der drei Arbeiterverbände, der Fabrikmeister sowie der Büroangestelltenverbände teilnahmen. Aus den Referaten war ersichtlich, daß die Industriellen weiterhin die Forderungen der Arbeiter geringschätzen und daß die Intervention der Regierung erfolglos geblieben ist. Die Redner äußerten die Ansicht, daß die Arbeiter auf eigene Kräfte bauen müssen. Da nun die Industriellen glauben, mit dem Streik der Textilarbeiter nicht rechnen zu brauchen, so müsse man eine Aktion der gesamten Arbeiterklasse organisieren.

Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, den Streik sofort zu verschärfen. Zu diesem Zweck müssen die Wächter, Portiers, Heizer und die übrigen Arbeitskräfte den Fabriken entzogen werden. Außerdem wurde beschlossen, eine Konferenz aller Verbände ohne Unterschied der Richtung für morgen vormittag einzuberufen, um die Frage der

Proklamierung des Generalstreikes

zu erörtern. Weiter wurde beschlossen, sich an das Feuerwehrrkommando zu wenden, daß dieses nicht erlaube, an Stelle von Arbeitern Feuerwehrlente zur Arbeit zu nehmen und daß die Feuerwehrlente keinerlei Arbeiten verrichten, die mit ihrem Dienst nichts gemeinsam haben. Weiter wurde die Frage der öffentlichen Versammlungen besprochen, die man zu informativischen Zwecken für die Arbeiter als notwendig ansah, da der Streik der Textilarbeiter für die gesamte Arbeiterklasse eine wichtige Aktion ist. Zum Schluß wurde beschlossen, morgen vier Versammlungen abzuhalten, u. zw. um 3 Uhr nachmittags auf dem Hofe der Familienhäuser in der Dąbrowskastraße, zur selben Zeit auf dem Plage des „Praca“-Verbandes in der Wodnastraße, um 2 Uhr nachmittags auf dem Plage der Krankenkasse in der Zimnastraße und auf dem Plage der Krankenkasse in der Lagiewniczastraße. Weiter wurde das

Verhältnis der Polizei zu den Streikenden

besprochen und festgestellt, daß die Polizisten in einzelnen Fällen die Propagandaaktion erschweren. Im Zusammenhang damit begab sich eine Abordnung zum Regierungskommissar, dem Polizeikommandanten und dem Lodzger Starosten, wo der Delegation erklärt wurde, daß die Polizei den Befehl erhalten habe, nur im Notfalle zu intervenieren. Wann tritt nun aber solch ein „Notfall“ ein? Darüber zu entscheiden haben natürlich die Herren Polizeikommissare. Na und diese Herrschaften glauben ihre Schneidigkeit damit beweisen zu müssen, daß sie in das Publikum hineinreiten, wie dies am Montag nach der Versammlung in der Philharmonie der Fall war.

Ankunft von Regierungsvertretern.

Gestern vormittag erhielt der Arbeitsinspektor Wojtkiewicz von dem Arbeitsministerium die telephonische Nachricht, daß am Nachmittag die Vertreter des Ministeriums, Kłott und Ulanowski, eintreffen werden. Diese Ankunft erfolgte nach einer Konferenz im Arbeitsministerium, wo zwischen dem Vizeministerpräsidenten Bartel und Arbeitsminister die Streiklage besprochen wurde. Die Warschauer Vertreter werden vom Arbeitsinspektor nach dem Grand-Hotel geleitet werden, wo eine Vorbesprechung stattfinden wird. Für abend 7.30 Uhr wurde eine Konferenz mit den Industriellen einberufen.

Die Vertreter des Arbeitsministeriums und die Liquidierung des Streiks.

Gestern abends vor der Konferenz mit den Industrierverbänden, die für 8 Uhr abends eestgesetzt wurde, hat Hauptarbeitsinspektor Kłott den Abg. Zerbe, Sekretär Walczak und Verwaltungsmittglied Golincki zu sich, um mit ihnen die Streiklage zu besprechen. An der Aussprache nahm auch Abteilungsleiter Ulanowicz und Bezirksarbeitsinspektor Wojtkiewicz teil.

Die Konferenz mit den Industriellen

fand im Wojewodschaftsamt statt. Die Industrie vertraten die Direktoren Kumpel, Guthke, Pawlowski, Barcinski, Durst und Kerpert.

Inspektor Kłott erklärte, daß er am Sonnabend die Industriellen aufgefordert habe, ihren Standpunkt zu revidieren, weswegen er auf Antwort warte. Die Vertreter der Industriellen antworteten, daß sie lange über die Aufforderung des Inspektors verhandelt hätten, jedoch zu der Ueberzeugung gelangten, daß sie ihren Standpunkt nicht ändern können. Was sie am Anfang geboten haben, halten sie ausrecht.

Inspektor Kłott antwortete, daß er eine solche Antwort nicht erwartet habe. Er glaubte, daß die Industriellen eine weitgehende Nachgiebigkeit zeigen werden, umso mehr, da die Arbeiter nicht zur Arbeit zurückkehren werden, wenn sie keine Erhöhung erhalten, was ihr solidarisches Vorgehen zeigt.

Die Konferenz wurde daher abgebrochen und für heute vormittag 11 Uhr eine zweite angesetzt. Allgemein aufgefallen ist die Ignoranz der Regierungsvertreter durch die Industriellen, die nur ihre Direktoren

zur Konferenz schickten. Die Regierungsvertreter konferierten darauf mit dem Wojewoden. (b)

Eine Nachsitzung der Delegierten.

Der Klassenverband hielt gestern eine Nachsitzung der Delegierten ab. Sekretär Walczak berichtete über die Beschlüsse der Zwischenverbandskommission. Die Feuerwehr bei Leonhardt hat die Arbeit bereits niedergelegt.

Was die Industriellen anbelangt, so wollen diese bei dem Konflikt Erleichterungen von der Regierung erhalten, wie Herabsetzung der Zölle, der Eisenbahntarife, Verlängerung der Arbeitszeit usw. Der Ministerrat wird zu den Forderungen Stellung nehmen. Die Delegierten forderten zum Schluß die Proklamierung des Generalstreiks. (b)

Die Industriellen nach Warschau geladen.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Der ehemalige Arbeitsminister Ziemiński hatte gestern mit Vizepremierminister Bartel eine längere Konferenz und berichtete ihm über den Streikverlauf und die Lage. Vizepremierminister Bartel antwortete, daß er für Donnerstag die Industriellen nach Warschau geladen habe, um von ihnen Antwort auf die 7 ihnen gestellten Fragen zu erhalten und sie zu veranlassen, der streikenden Arbeiterschaft entgegenzukommen.

Große Versammlung in Zgierz.

In Zgierz fand gestern mittag im Hofe des Klassenverbandes eine Versammlung der streikenden Textilarbeiter statt. Die Versammlung war so stark besucht, wie es in Zgierz bisher noch nicht verzeichnet wurde. Als erster sprach Abg. Zerbe. Hierauf folgten Aussprachen der Verwaltungsmittglieder des Klassenverbandes Golincki und Niman sowie die Sekretärin des polnischen Christlichen Verbandes Piechotel. Abg. Zerbe hatte das Schlusswort in deutscher und polnischer Sprache und unterbreitete den Versammelten zwei Resolutionen. Beide wurden einstimmig angenommen. Die erste ist desselben Inhalts wie sie gestern in Lodz angenommen wurde, die andere lautet: „Die Versammelten fordern die Amnestierung der politischen Gefangenen, die durch ihre gewerkschaftliche und politische Tätigkeit nur zum Wohle der arbeitenden Klasse gewirkt haben.“ Da in Zgierz die Polizei in den letzten Tagen ihre bisher geübte Reserviertheit aufgegeben hat, begab sich Abg. Zerbe mit Vertretern der Zentralen und örtlichen Verbände zum Starosten des Lodzger Kreises, der an diesem Tage in Zgierz anwesend war. Der Starost versprach sein Möglichstes zu tun, um den streikenden Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihr Streikrecht auszuüben.

Die Streiklage in Konstantynow.

Der Streik in Konstantynow umfaßte bisher alle Fabriken, mit Ausnahme der Fabrik von E. Schulz. Gestern fand hier eine große Versammlung der Streikenden statt, in der ein Redner aus Lodz über die Streiklage im Lande berichtete. Er machte auch die Konstantynower auf die verschiedenen unwahren Nachrichten über den Streik aufmerksam, die nur dazu angeht sind, Uneinigkeit inmitten der Arbeiterschaft hervorzurufen. In einer angenommenen Entschließung erklärten die Versammelten, bis zum Siege auszuharren. Nach der Versammlung zogen die Arbeiter nach der Fabrik von Schulz, wo die Betriebe stillgelegt wurden. Demnach stehen auch in Konstantynow alle Betriebe still. Die in Konstantynow stark vertretenen Handwerker haben sich dem Streik bisher nicht angeschlossen und haben auf diesbezügliche Aufforderungen geantwortet, daß sie zu Hause auf einem höchstens auf zwei Stühlen arbeiten und damit den Streikenden keinesfalls in den Rücken fallen.

Der Streik und die Ausfuhr.

Anfang Februar war ein Steigen der Ausfuhr zu verzeichnen. In Zahlen ausgedrückt, betrug die Mehrausfuhr im Vergleich zum Januar 400 000 Zloty. Der Streik hat für diejenigen Industriellen, die an das Ausland zum bestimmten Termin Waren zu liefern hatten, unangenehme Folgen gezeitigt. Verschiedene Firmen sahen sich gezwungen, ihre Verpflichtungen zurückzuziehen. Den größten Schaden hat die mittlere Industrie erlitten. (c)

Pabianice gibt den Arbeitslosen Mittagessen.

Der Pabianicer Stadtrat hat gestern mit Stimmenmehrheit beschlossen, den Arbeitslosen unentgeltliche Mittagessen zu verabfolgen. Der Beschluß wurde dem Magistrat zur Ausführung übertragen. (b)

Russische Hoffnungen auf Deutschland.

Die Angst vor einer Antifrowjet-Front.

Die Sowjetpresse schenkt der Stellungnahme Deutschlands die größte Aufmerksamkeit. Die „Pravda“ schreibt: „Die Einbeziehung Deutschlands in die antifrowjetrussische Politik betrachtet England zur Zeit als seine wichtigste Aufgabe. Deutschland aber, obgleich es seit Locarno sich durchaus nach Westen orientiert hat, ist doch durch sein Abkommen mit der Sowjetunion gebunden. Die Politik Deutschlands, eines Landes, das entwaffnet ist und seine wirtschaftliche und politische Macht erst wieder herzustellen beginnt, besteht in der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu allen seinen Nachbarn. Das deutsche Bürgertum sieht Deutschlands Ostgrenzen nicht als endgültige an und weigert sich, sie zu garantieren.“

Vor der Einnahme Nanjing durch die Kantontuppen.

London, 15. Mai (Pat.). „Westminster Gazette“ berichtet aus Schanghai, daß alle englischen und amerikanischen Staatsbürger aufgefordert wurden, Nanjing sofort zu verlassen. Es wird angenommen, daß die Einnahme dieser Stadt durch die Kantontuppen unvermeidlich ist. Die chinesischen Behörden haben in Nanjing die Standgerichte eingeführt.

Neue Kämpfe in Marokko.

Paris, 15. März (Pat.). Wie „Petit Parisien“ aus Paris berichtet, ist es bei Azzan zwischen einer Gruppe aufständischer Kabylen, die von der spanischen Seite herübergekommen sind, und den französischen Besatzungstruppen zu blutigen Kämpfen gekommen. Auf französischer Seite ist ein Oberst sowie ein Leutnant gefallen, während auf Seiten der Kabylen die Zahl der Toten 40 erreicht haben dürfte.

Tagesneuigkeiten.

Das staatliche Arbeitsvermittlungsammt hat eine Untersuchung gegen diejenigen Personen eingeleitet, die sich ohne Erlaubnis der Behörden mit Arbeitslosen bedeutenden Verlusten und Gefahren aus. Es ist dies ganz besonders bei denjenigen Arbeitern der Fall, die nach dem Auslande zur Arbeit reisen. (E)

Vom Mieterverein „Lokator“. In der letzten Verwaltungssitzung des Mietervereins „Lokator“ wurde eine Reihe aktueller Fragen besprochen. In den Vordergrund wird die Forderung einer Ermäßigung der auf 51 Prozent gerückt. Die Wirtschaftskrise, die Verringerung der Unterhaltskala der Angestellten sowie die große Arbeitslosigkeit seien die natürliche Begründung dieser Forderung. Die Einzimmerwohnungen, die von der Zahlung der Zuschlagsgebühren bei Erhöhung der Grundmiete auf 51% befreit werden. Nicht selten übersteigen die Zuschlagsgebühren die Grundmiete und belasten ganz besonders die ärmeren Schichten der Bevölkerung. Die Regierung müsse grundsätzlich die Frage der Aufhebung jeglicher Exzessionen regeln. Wird der Mieter infolge Umbaus oder Auffrischung des Hauses dem Mieter eine andere Wohnung zur Verfügung zu stellen. Eine besondere Delegation wird diese Forderungen der Regierung unterbreiten. (E)

In Sachen der amerikanischen Versicherungs-polizen. Die Besitzer der amerikanischen Vorsicherungspolizen konnten beinahe bisher keine Entschädigung von den amerikanischen Versicherungsgesellschaften „Equitable“ und „New York“ erhalten, da sich die genannten Gesellschaften weigerten, ihren Policenbesitzern in Rußland und dem ehemaligen russischen Teilgebiet eine Entschädigung auszusahlen. Die Policenbesitzer konnten gegenüber den beiden Gesellschaften den gerichtlichen Klageweg nicht beschreiten, da in Amerika eine Bill besteht, wonach derartige Prozesse erst nach erfolgter offizieller Anerkennung der Regierung in Rußland durch die amerikanische Regierung anhängig gemacht werden können. Nunmehr ist in dem ganzen Sachverhalt insofern eine Aenderung eingetreten, als der Oberste Gerichtshof diese Bill als zu Unrecht bestehend anerkannt und erklärt hat, daß die beiden Versicherungsgesellschaften laut ihren Statuten mit ihrem Gesamtvermögen den Policenbesitzern gegenüber haften. Dieser Beschluß ist für Polen ebenfalls von besonderer Wichtigkeit, als allein der Wert der in Polen befindlichen Policen auf etwa 30 Millionen Rubel geschätzt wird.

Der Stadt Lodz fehlen 120 000 Wohnungen. Am Sonnabend fand im Finanzministerium eine Konferenz mit den Vertretern der Baufektion der Stadt Lodz statt. An dieser Konferenz nahmen teil: die Herren Restenberg, Tyler, Marusfeld und Karpf. Sie sprachen wies auf die Wohnungsnot sowie auf das Fehlen von 120 tausend Wohnungen hin. Der Deputationsdirektor Pawlowicz nahm die Postulate der Delegation wohlwollend entgegen und versprach, dieselben zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte er, daß die Stadt Lodz gewährten Kredite schon der Wirtschaftsbank überwiesen worden seien. (E)

ach dorthin über
es Kranke
ter Krankenkasse
der P. P. G.
mplettiert wurde
gierungskommission
ng der Betriebs
ahlen durchführ
tattfinden. (b)
gte Gesand
en erregte seine
ariser polnischer
Paris wohnhafte
es Tags in der
s Gesandtschaft
m eine schallende
war ein Zwischen
ionalen Verband
eine von einem
äftsgebäude be
tlichen Behörden
imatgerichten be
ist nun dem
worden. Die
s Betrüger
n verhaftete die
solsti. Wie fest
tächlich im ver
im Karmeliter
üchteste und ein
weden mitnahm
r unter Vorbeh
erung Geld ab
nstomites der
es werden auf
Uhr abends in
der Bezirkskom
ar sie vollzähle
Schlichter und
vorgens 10 Uhr
aner 109. (Pat.)
nmeldungen für
nd werden in
en Donnerstag
von 3—5 Uhr
ormationen in
Die Organisa
retel Polens
Mittwoch, den
im Bartello-Ha
ndstiftung
Vorstehende.
Mitgliedern der
daß heute die
7/7 Uhr abends
die schwachen
id glänzender.
t ihre wenigen
den ihre An
richt, da ein
n ein Willk
stern in allen
dem heutigen
Freilich zog
ihre Mission
hien doch nicht
gegenzutreten.
die Stimme
„ ohne auch
In einem
arte Schönheit
dem Altkleide
ang. Gilt es
Ein liebliches
in den Wam
egelbilde zu
isfähig binab
l fährzenden.
Es
ad wogende
die als aller
en „Marquis
en Bigliott
e Dame mal
der noch gar
ard ... In
colletten, die
li!“
ung folgt)

